

Absender Fachbereich Jugend und Soziales	Drucksachen-Nr. 540/2007
	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
a) Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, KIDinitiative, Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V. b) FDP-Fraktion	Jugendhilfeausschusses am 17.10.2007

Tagesordnungspunkt Anträge der Fraktionen a) der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion, der Fraktion KIDinitiative und der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V. b) der FDP-Fraktion zur Verabschiedung einer Resolution zum KiBiz

Inhalt:

@->

Während der Ratssitzung am 20.09.2007 wurden zwei Anträge behandelt, die sich mit der Verabschiedung einer Resolution zum Kinderbildungsgesetz (KiBiz) befassen.

Zunächst möchten die Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der KIDinitiative und der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V. erreichen, dass der Landtag das genannte Gesetz nicht annehmen, aber zumindest in fünf aufgeführten Punkten überarbeiten möge. Zu diesem Antrag hat die FDP-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt.

Der Rat hat die Anträge zur Beschlussfassung in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Beide Anträge sowie ein Vorabauszug aus der Sitzung des Rates sind dieser Vorlage beigelegt.

Ein evtl. Beschluss ergibt sich aus der Beratung.

Folgende weiteren Anlagen liegen der Vorlage bei:

- Stellungnahme der „Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen“ zum Entwurf des Kinderbildungsgesetzes

- Stellungnahme des Städtetages Nordrhein-Westfalen, des Landkreistages Nordrhein-Westfalen und des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen vom 24.08.2007 zur Öffentlichen Anhörung zum Kinderbildungsgesetz
- Statement von Dr. Articus (Geschäftsführer des Städtetages Nordrhein-Westfalen) für die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in NRW zur Öffentlichen Anhörung zum Kinderbildungsgesetz
- Fragenkatalog zur Öffentlichen Anhörung zum Kinderbildungsgesetz
- Pressemitteilung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen vom 19.09.2007 zu einem Lösungsansatz zur Finanzierung der Kinderbetreuung

<-@